

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Dr. Johann Kalliauer Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich
Dr. Josef Moser Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK OÖ

**Daten zur aktuellen Einkommensverteilung
in Österreich und Oberösterreich**

Pressekonferenz
15. September 2005, 9.30 Uhr
OÖ. Presseclub

Die Spirale nach unten endlich stoppen

Die österreichische Wirtschaft wird laut Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) heuer real um 1,8 Prozent wachsen. Damit kann an die leichte Konjunkturerholung im Vorjahr (plus 2,2 Prozent) nicht angeknüpft werden.

Kein Wunder: Der private Konsum wird heuer wie im Vorjahr nur um 1,5 Prozent wachsen. Und der Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen hat sich von zuvor 3,6 Prozent auf heuer 1,8 Prozent sogar halbiert!

Die gesamtwirtschaftliche Abwärtsspirale aus geringem Konsum, geringen Investitionen, geringem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit setzt sich fort. Die (Arbeits-)Einkommen wachsen nur schwach. Daraus und aus den insgesamt nicht gerade rosigen Zukunftsaussichten nährt sich der gesamtwirtschaftlich schädliche Nachfrageausfall.

Diese Spirale nach unten muss endlich gestoppt werden!

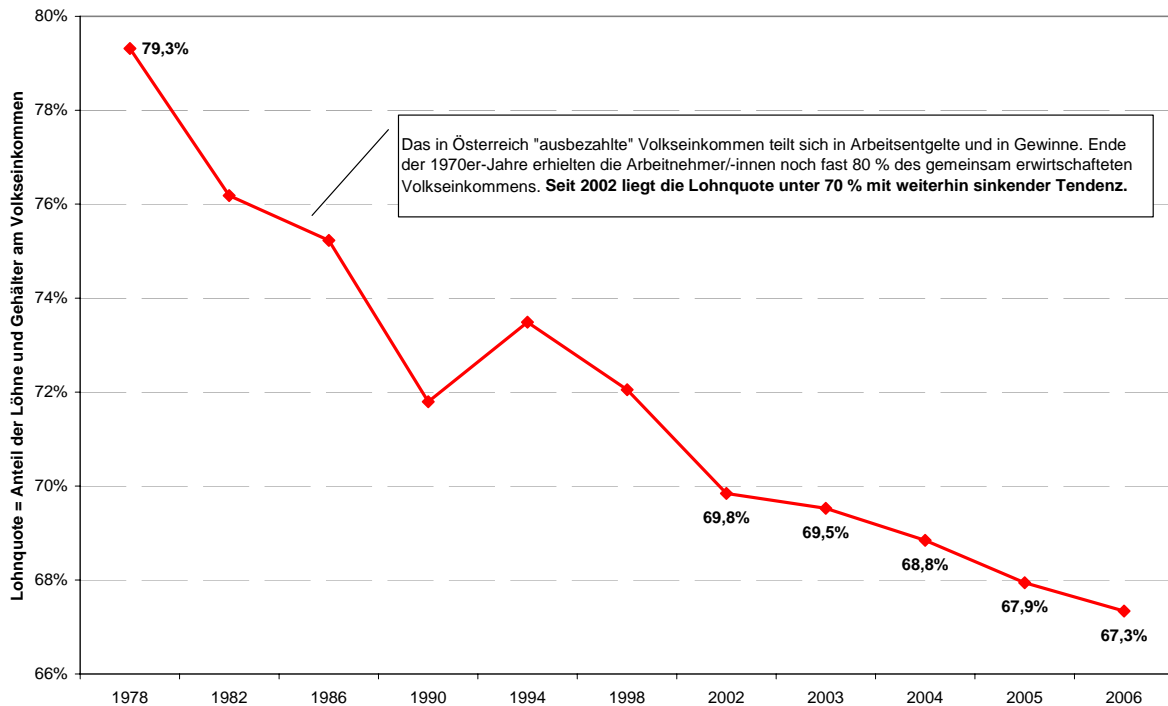
Nur eine Strategie, die auf Qualifizierung insbesondere der schlechter Gestellten in unserer Gesellschaft, die auf Bildung und Innovation setzt, ist zukunftsfähig. In Österreich müssen schon viel zuviel Menschen von niedrigen Einkommen leben. Den Niedrigqualifikations- und Niedriglohnbereich staatlich auch noch zu fördern, wie erst vor kurzem gefordert, verschärft das soziale Gefälle noch zusätzlich und ist auch ökonomisch unvernünftig.

Österreich muss nicht billiger, sondern besser werden. Daher fordern wir eine echte Bildungsoffensive, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, öffentliche Infrastrukturmaßnahmen und insbesondere eine Stärkung der privaten Kaufkraft. So könnte auch endlich das Wirtschaftswachstum wieder in Schwung kommen.

Arbeitnehmer/-innen erhalten immer weniger vom Volkseinkommen

Die an alle Arbeitnehmer/-innen ausbezahlten Löhne und Gehälter steigen kaum. Geringer jedenfalls als das gesamte zu verteilende Einkommen - das Volkseinkommen. Obwohl der Anteil der lohnabhängig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen steigt, fällt der Anteil der Löhne am Volkseinkommen!

Aufteilung des Volkseinkommens wird immer ungerechter!



Quelle: Statistik Austria, WIFO (Juni 2005), AK OÖ; unbereinigte Lohnquote als Anteil der ArbeitnehmerInnenentgelte (Bruttolohn- und gehaltssumme plus DG-SV-Abgaben) am Volkseinkommen in 4-Jahres-Schritten und jährlich ab 2002, inkl. Prognose für 2005 und 2006

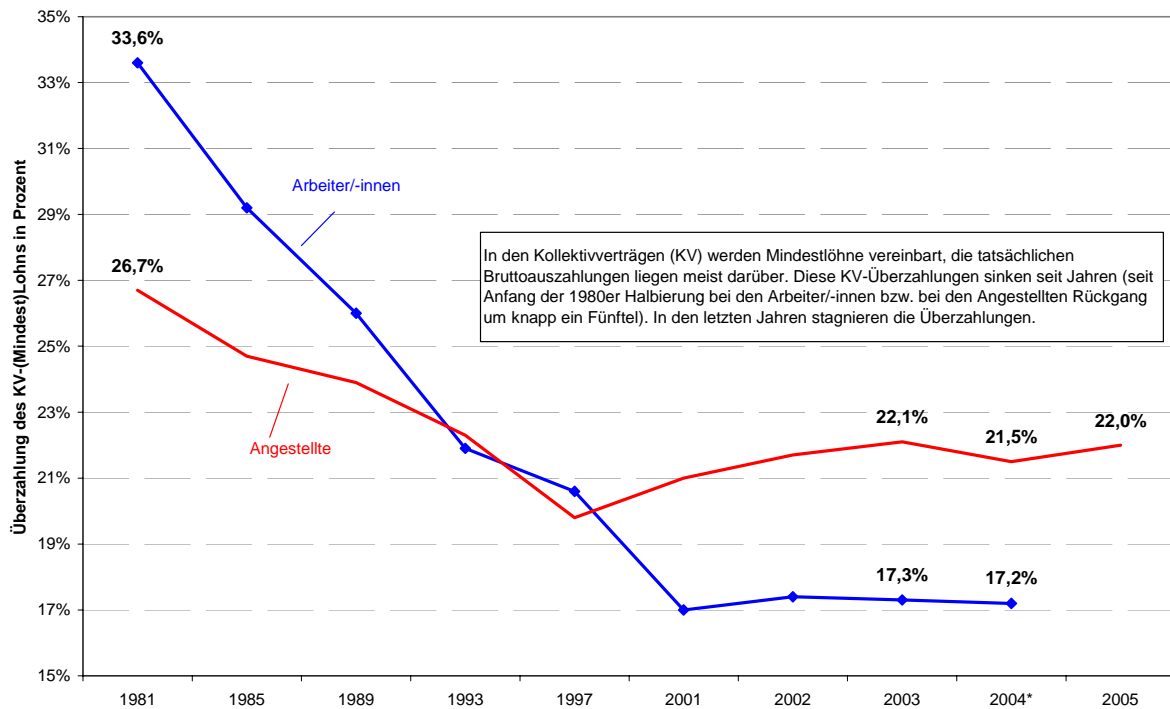
Die Verteilung des Volkseinkommens wird immer ungleicher, weil die Lohnentwicklung insbesondere durch folgende Faktoren gedämpft wird:

- Die Zahl „atypisch“ und somit kaum durch Kollektivverträge geschützter Beschäftigter wächst;
- Schlecht entlohnte Teilzeitbeschäftigung verdrängt zunehmend Vollzeitjobs;
- Das Drohpotential der Betriebsverlagerung wird in erpresserischer Manier zu Lohnkürzungen angewandt;
- Die insgesamt triste Arbeitsmarktlage erschwert die Lohnpolitik.

Niedrigere Löhne bringen keine Arbeitsplatzsicherheit

Die Löhne entwickeln sich schwach, weil die Unternehmen in der Regel „ihren“ Beschäftigten nur mehr karge Bruttolohnsteigerungen zugestehen. Ein Ausdruck dafür sind die seit Jahren sinkenden Kollektivvertragsüberzahlungen in der Industrie:

KV-Überzahlungen in der Industrie auf niedrigem Niveau



Quelle: Wirtschaftskammer, Lohn- und Gehaltsstatistik in der Industrie; Arbeiter/-innen: Septemberwerte, Angestellte: Jännerwerte (1998: Bruch durch neuen KV; * ab 2004 ohne Elektro- / Elektronikindustrie); in 4-Jahresschritten, jährlich ab 2001

Die „Geiz ist geil“ - Mentalität darf nicht das Maß aller Dinge sein. Leider wurde das Versprechen der Arbeitgeber - niedrige Lohnabschlüsse, mehr Beschäftigung - nicht eingehalten. Arbeitsplatzsicherheit kann anscheinend nicht mit der Zurückhaltung bei Lohnrunden erreicht werden, wie wir jetzt wissen.

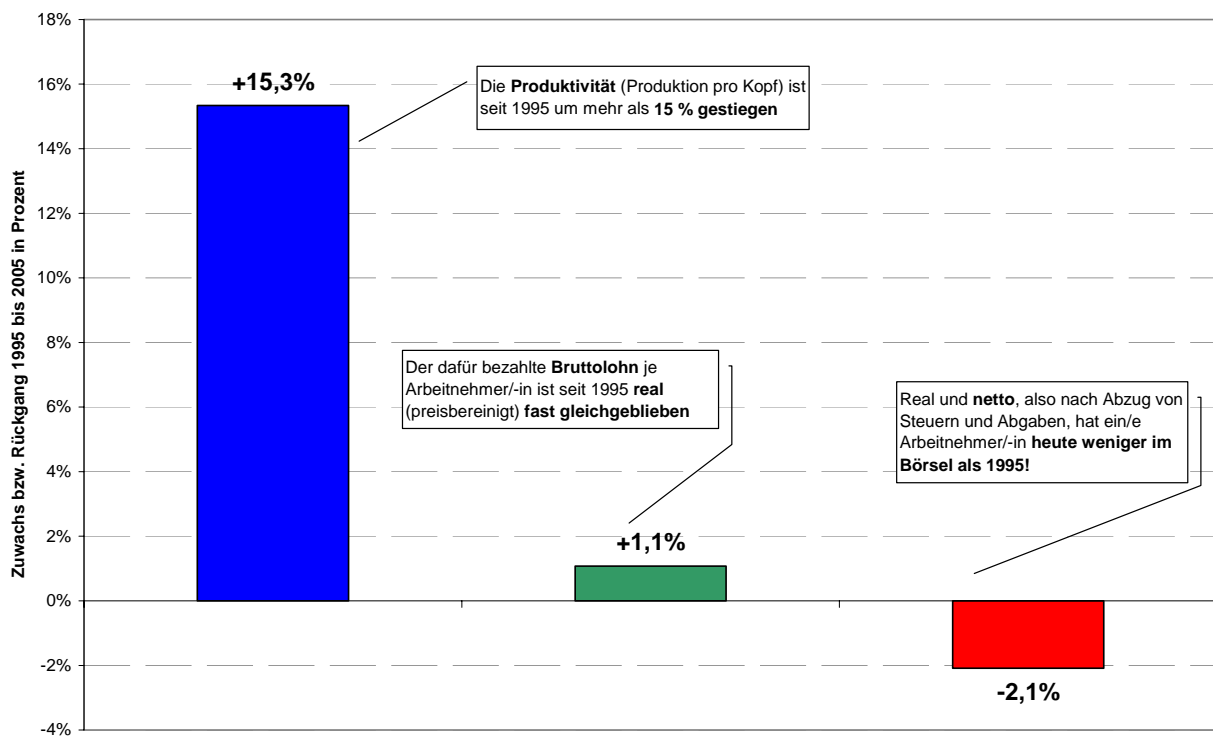
Kein gerechter Anteil am Produktivitätszuwachs für Arbeitnehmer/-innen

Die Arbeitnehmer/-innen nehmen an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht gleichgewichtig teil.

Auf dem Lohn- oder Gehaltszettel finden sich zwar meist höhere Beträge als in den Jahren davor (= nomineller Bruttolohn). Aber erst nach Berücksichtigung der Teuerung und nach Abzug von Steuern, Gebühren und Abgaben (= realer Nettolohn), zeigt sich, wie viel sich der/die Einzelne tatsächlich leisten kann. Und diese reale Kaufkraft des Geldes in den Händen der österreichischen Arbeitnehmer/-innen ist gesunken!

Im Vergleich zu 1995 sind heute viele Menschen sogar ärmer geworden!

Leistung steigt – Lohn fällt

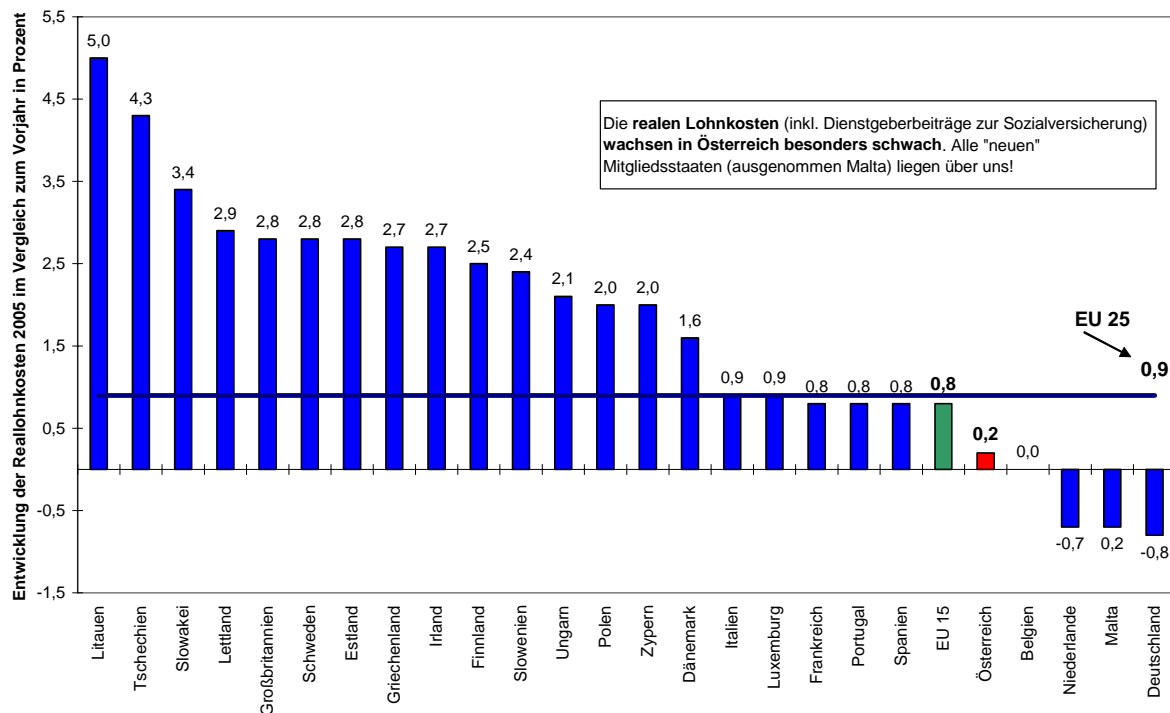


Quelle: WIFO (Stand Juni 2005), Statistik Austria, AK OÖ; Reales BIP je Erwerbstätigem (Inlandskonzept, Vollzeitäquivalent), reale Löhne und Gehälter/Kopf

Weniger Einkommen – weniger Konsum

Obwohl so oft über die Lohnkosten in Österreich lamentiert wird, liegen wir bei der Entwicklung der realen Lohnkosten unter dem EU-Durchschnitt.

Schwaches Lohnwachstum Österreichs im internationalen Vergleich



Quelle: Europäischer Tarifbericht des WSI - 2004/2005, Torsten Schulten, WSI Mitteilungen 7/2005; Nominaleinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf abzüglich Preisentwicklung (Deflator des privaten Verbrauchs)

Von 2001 bis 2005 wuchsen unsere Lohnkosten jährlich durchschnittlich sogar am drittschwächsten nach Deutschland und Malta!

Haben die Menschen weniger Einkommen, konsumieren sie auch weniger!

Jene mit den niedrigsten Einkommen können nicht anders, und jene mit mittleren Einkommen sparen aus Vorsichtsgründen (ungünstige Arbeitsmarktlage, Verunsicherung durch Pensionsreformen etc.). Dadurch setzt sich die gesamtwirtschaftliche Abwärtsspirale fort: In nur mäßigen Investitionen wegen mangelnder Absatzsichten, geringem Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitslosigkeit.

Ungleichheit wächst auch innerhalb der Arbeitseinkommen

Während sich etwa 37.000 Spitzenverdiener/-innen 5,7 Milliarden Euro im Jahr 2003 aufteilten, mussten die etwa 740.000 Menschen am unteren Ende der Lohnhierarchie mit 2,1 Milliarden Euro an Bruttolöhnen- und Gehältern, also weniger als der Hälfte, auskommen. Und diese Schere wächst: Das oberste Einkommensprozent konnte in den letzten fünf Jahren einen Einkommensanstieg von insgesamt mehr als einem Fünftel verzeichnen. Beim untersten Einkommensfünftel aber hat sich insgesamt nicht viel bewegt. Pro Kopf sind wegen dem geringen Einkommenswachstum in dieser Gruppe sogar Verluste entstanden!

Einkommensschere wird größer

Bruttolöhne und Gehälter der Arbeitnehmer/-innen	Gesamt-Summe 2003	Veränderung seit 1997	
		Gesamt-Summe	Pro Kopf
des untersten Einkommensfünftels (739.086 Niedrigverdiener/-innen)	2,1 Mrd. €	1,2%	-5,2%
des obersten Einkommensprozents (36.954 Höchstverdiener/-innen)	5,7 Mrd. €	22,1%	14,3%

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik 1997 und 2003; AK OÖ. Zahlen ohne Kapitaleinkommen der Spitzenverdiener/-innen.

Das untere Ende der Lohnhierarchie setzt sich aus niedrig entlohnten und sozial schlecht abgesicherten „atypisch“ Beschäftigten, aus Menschen mit Teilzeitjobs, aber auch aus Vollzeitbeschäftigten in so genannten „Niedriglohnbranchen“ zusammen (Handel, Tourismus etc.).

100.000 Männer verdienen soviel wie 1,1 Millionen Frauen

Besonders häufig müssen Frauen von niedrigen Einkommen leben. Die untersten zwei Drittel der Fraueneinkommen machen insgesamt 10,7 Milliarden Euro aus, die sich auf 1,1 Millionen Frauen verteilen. 10,7 Milliarden Euro - das entspricht auch der Gesamtsumme, die sich allein die oberen fünf Prozent in der Männereinkommenspyramide (das sind etwa 101.000 Männer) aufteilen!

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zeigt sich leider auch in der Gruppe der ausschließlich ganzjährig Vollzeitbeschäftigten: Im Österreichdurchschnitt erhält eine weibliche Arbeitnehmerin nur etwas mehr als zwei Drittel (69,2 %) des Lohns oder Gehalts eines männlichen Arbeitnehmers.

An zweitschlechtester Stelle unter den Bundesländern rangiert Oberösterreich!

In Oberösterreich ist die Einkommenssituation für Frauen sogar noch schlechter: Sie verdienen durchschnittlich nur 64,4 Prozent eines Lohns/Gehalts eines männlichen Arbeitnehmers.

Die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern ist innerhalb der EU 15 in Österreich am zweithöchsten (nach Großbritannien). Einschließlich Überstundenentgelt nimmt Österreich überhaupt den letzten Platz ein! (*Eurostat; Daten für das Jahr 2002, inkl. Lehrlinge, ohne Beschäftigte, die weniger als 30 Wochen im Jahr beschäftigt waren*)

Höhe der persönlichen Einkommen

Die Oberösterreicher/-innen verdienen 2004 durchschnittlich 1.713,-Euro brutto im Monat.

Monatliche Bruttoeinkommen in Oberösterreich, 2004

2004	ein Viertel aller Beschäftigten verdient weniger als ... €	die Hälfte aller Beschäftigten verdient weniger als ... €	drei Viertel aller Beschäftigten verdienen weniger als ... €
Gesamt	1.125	1.713	2.352
Männer	1.582	2.050	2.752
Frauen	825	1.240	1.739
Arbeiter/-innen	1.098	1.605	2.060
Männer	1.486	1.850	2.248
Frauen	694	1.028	1.357
Angestellte	1.155	1.869	2.774
Männer	1.897	2.661	3.414
Frauen	925	1.413	1.966

Quelle: GKK OÖ, vorläufige Daten (25. Juli 2005); Brutto-Monatseinkommen, 14 x pro Jahr; nicht teilzeitbereinigt; ohne BeamtInnen, nach Betriebsstandort (Die Beträge sind ohne Sonderzahlungen, d.h. auf 1/14 des Jahreseinkommens ausgewiesen. Werte über der Höchstbeitragsgrundlage (€ 3.450) werden nicht ausgewiesen, sondern nur die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger veröffentlichten beitragspflichtigen Arbeitseinkommen)

Etwa 30.300 Menschen in Oberösterreich beziehen ein Gehalt über der Höchstbeitragsgrundlage (3.450 Euro im Monat), mehr als 90 % davon sind Männer. Hingegen sind knapp drei Viertel der etwa 52.000 Menschen, die in Oberösterreich mit weniger als 726,73 Euro auskommen müssen, Frauen.

Wenn's der Wirtschaft gut geht, geht's den Arbeitnehmer/-innen noch lange nicht gut!

Die Gewinne (Jahresüberschuss nach Steuern) von 324 analysierten größeren Firmen sind von 1994 bis 2003 in Summe um 91 Prozent (das sind plus 1,5 Mrd. Euro) gestiegen. (Quelle: Weniger Arbeit – mehr Dividende, AK Wien 2005)

Der Wirtschaft geht's also nicht schlecht, wie immer wieder dargestellt wird. Zum Vergleich: Die durchschnittlichen Einkommen der Arbeitnehmer/-innen sind 1994/2003 gerade etwas mehr als die Inflation gestiegen.

Die Gewinnausschüttungen der 324 untersuchten Firmen stiegen 1994 bis 2003 um 143 Prozent (plus 1,6 Mrd. Euro). Sie betragen damit im Jahr 2003 3,6 Prozent des Umsatzes (bei Unternehmen in Auslandsbesitz mit 4,3 Prozent noch höher).

Die Zahl der Beschäftigten in den untersuchten Unternehmen ging um 9 Prozent zurück und der Personalaufwand sank um 3,1 Prozentpunkte auf 16,2 Prozent des Umsatzes. In diesem Personalaufwand ist auch der größte Teil der Managergehälter enthalten, die kräftig anstiegen: 2004 bei den an der Wiener Börse notierten Firmen um 13 Prozent, wodurch ein Vorstandsgehalt bereits das 13-fache eines durchschnittlichen Mitarbeitergehalts beträgt. (Quelle: AK Wien)

Bei 100 analysierten Industrieunternehmen stagnierten 2001 – 2003 die getätigten Sachinvestitionen (trotz staatlicher Prämien!). Nur die Finanzinvestitionen stiegen um 98 Prozent. Das heißt sie investierten vor allem in den Kauf anderer Firmen und Wertpapiere. (Quelle: Analyse der AK Wien, Investitionspolitik der Industrie, Wien 2004)

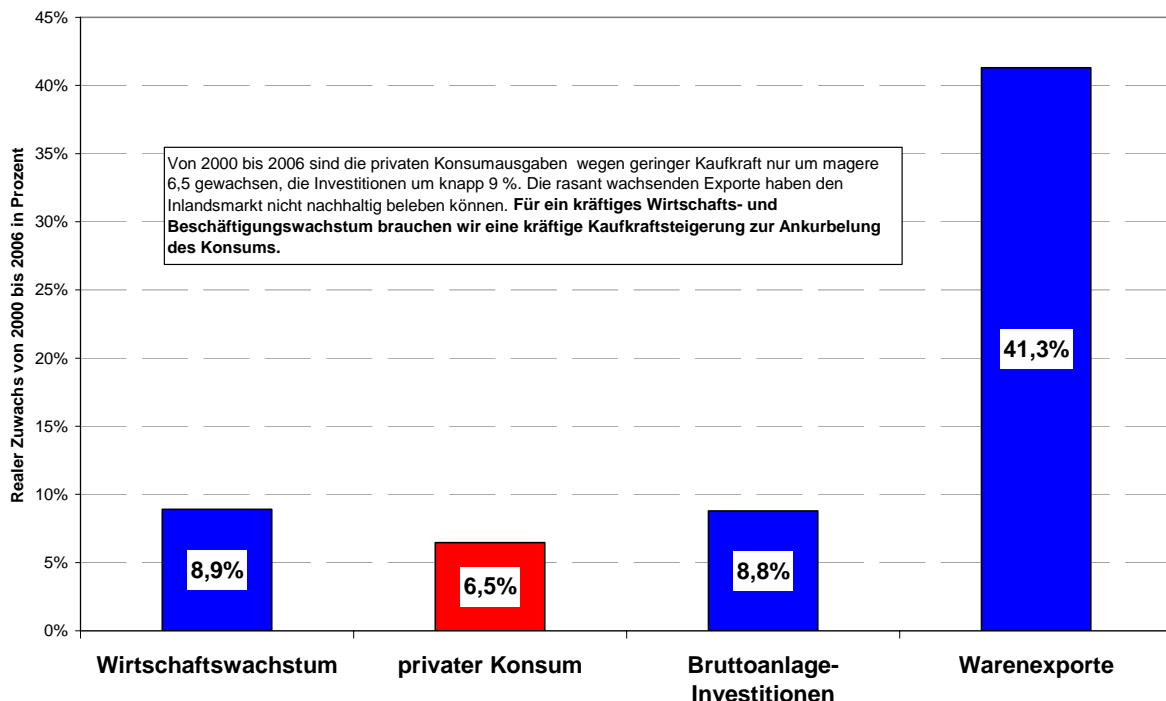
Fazit: Die Gewinne und Dividenden steigen, die Beschäftigung sinkt.

Konsumflaute - schwaches Wirtschaftswachstum = hohe Arbeitslosigkeit - ein Teufelskreis

Ungleiche Verteilung führt zu sozialer Ungerechtigkeit und ist auch mit ökonomischen Problemen verbunden: Wenn einkommensschwächere Schichten, die jeden zusätzlichen Euro fast zur Gänze wieder ausgeben, verlieren, wirkt sich dies negativ auf den gesamten Konsum aus. Wenn die Spitzenverdienenden, die den größten Teil jedes zusätzlichen Euro ihres ohnedies hohen Einkommens anlegen (mehr sparen als konsumieren), dazu gewinnen, steigt die ohnedies hohe Sparquote. Insgesamt verfestigt sich der inzwischen bereits chronische Nachfragemangel. Schwaches Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit sind die Folge.

Da hilft auch das Hoffen auf die Nachfrage aus dem Ausland nichts mehr. Bereits bisher konnte sich die gute Exportkonjunktur nicht auf Investitionen und Konsum - die wichtigsten Säulen des Bruttoinlandsproduktes (BIP) - übertragen. Nun verlieren auch die Exporte an Dynamik (realer Warenausfuhr-Zuwachs heuer 4,2%, im Vorjahr waren es 13,1 %) Grund: auch die Nachfrage unserer - ebenfalls konjunkturschwachen - Handelspartner nach unseren Produkten lässt nach.

Kränkende Wirtschaft wegen schwachen Konsums



Quelle: WIFO-Konjunkturprognose Juni 2005 (2005 und 2006 Prognosewerte), AK OÖ

Die Arbeiterkammer fordert daher:

Wir brauchen eine Stärkung der Inlandsnachfrage und eine qualitätsvolle Zukunftsstrategie:

- Stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer/-innen am wachsenden Wohlstand durch kräftigte Lohn- und Gehaltssteigerungen;
- Stärkung der Massenkaukraft durch spürbare steuerliche Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen;
- Qualitativer und quantitativer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, Recht auf einen Betreuungsplatz, Nulltarif in Kinderbetreuungseinrichtungen für Einkommensschwache; gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
- Qualifizierungsoffensive: mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und für die bessere Qualifizierung insbesondere niedrigqualifizierter, jugendlicher und älterer Arbeitsuchender;
- Arbeits- und sozialrechtlicher Schutz für "atypische" Beschäftigungsformen;